

Bei der Freistatt sollen alle mitreden können

Von Nik Sarbach. Aktualisiert am 01.11.2014

Am Podiumsgespräch zum Thema «Chance Freistatt Thun?» demonstrierten sechs Gemeinderatskandidaten von links bis rechts Einigkeit. Ein Gast trübte die Harmonie.



1/7Mit Argusaugen verfolgen die Diskussionsteilnehmer, was auf dem Freistatt-Areal geschehen soll. Stadtplanerin Beatrice Aebi (am Laptop) erklärt den Stand der Dinge.
Bild: Markus Hubacher

ZPP Freistatt

Ein Grossteil der sanierungsbedürftigen Bauten auf dem Freistatt-Areal an der Länggasse gehört der finanziell angeschlagenen Gemeinnützigen Bau- und Wohngemeinschaft (GBWG) Freistatt. Weil die Sanierung gemäss eines Gutachtens nicht wirtschaftlich wäre, sollen die Gebäude einer verdichteten Wohnüberbauung weichen.

Wären da nicht die paar Kritiker im Publikum gewesen, der Podiumsanlass unter dem Titel «Chance Freistatt Thun?» von Donnerstagabend wäre fast zum Wohlfühltalk verkommen. Von links bis rechts herrschte Einigkeit darüber, dass sich auf dem Gelände der heutigen Siedlung Freistatt die Chance zur Erstellung einer zeitgemässen Überbauung biete (siehe Box «ZPP Freistatt»).

Hierfür ist der Erlass einer Zone mit Planungspflicht notwendig. Das Mitwirkungsverfahren lief im Frühling. Daraufhin hat die Stadt eine Mobilitätsanalyse in Auftrag gegeben. Die Auflage der konkreten Zonenplanänderung dürfte nächstes Frühjahr erfolgen.

Die Stadt soll der GBWG die Häuser abkaufen, was der Genossenschaft den Rückkauf eines Drittels des Terrains ermöglichen würde. Die restlichen Gebäude, die Teil der geplanten ZPP sind, gehören der Stadt. Wie die Stadtplanerin Beatrice Aebi gestern bekannt gab, wird voraussichtlich auch das Postgebäude an der Länggasse in die ZPP einbezogen.

Bildstrecke



Die Thuner Siedlung «Freistatt»

Die markante Thuner Siedlung «Freistatt» ist alt und baufällig. Darum soll sie abgerissen werden.

Siedlung Kalkbreite

Vorzeigeprojekt: 2006 entwarfen eine Handvoll Quartierbewohner und Fachleute die Vision einer nachhaltigen und vorbildlichen Bebauung des Zürcher Kalkbreite-Areals. Daraus wurde die Genossenschaft Kalkbreite, die das 6350 Quadratmeter grosse Areal von der Stadt Zürich im Baurecht übernahm. Die bestehende Tramabstellanlage wurde überdacht, die dadurch entstehende, 2500 Quadratmeter grosse Terrasse über den Geleisen steht auch der Öffentlichkeit als Erholungsraum zur Verfügung.

Im 75-Millionen-Bau, der diesen Sommer fertiggestellt wurde, befinden sich 97 Wohnungen, die 256 Bewohner beherbergen, mehrere Läden und Restaurants sowie ein Kino. In die Entwicklung wurden die künftigen

Am Wahlanlass, der von den Grünen und der SP der Stadt Thun organisiert wurde, nahmen die Gemeinderatskandidaten Andrea de Meuron (Grüne), Marianne Dumermuth (SP), Konrad Hädener (CVP, Fraktion der Mitte), Serge Lanz (FDP), Peter Aegerter (BDP) und Raphael Lanz (SVP) teil.

Eine Thuner Kalkbreite?

Vor der Diskussionsrunde referierte Sabine Wolf, Vorstandsmitglied der Genossenschaft Kalkbreite, im mit rund 130 Personen besetzten Saal 3 des Kinos Rex über den Entstehungsprozess der neuen Siedlung an der Zürcher Badenerstrasse (siehe Box «Siedlung Kalkbreite»). Ob das Projekt auch in Thun umsetzbar wäre, wollte TT-Chefredaktor Stefan Geissbühler, der den Anlass moderierte, wissen. «Eins zu eins», fand Sabine Wolf: «Ich denke nicht, dass das eine Frage der Gemeindegrösse ist.»

Allein in diesem Punkt waren sich die Diskutierenden nicht ganz einig. Während sich Andrea de Meuron der Referentin mehrheitlich anschloss, befand Peter Aegerter die beiden Projekte für nicht annähernd vergleichbar. «Bei der Freistatt handelt es sich im Gegensatz zur Kalkbreite ausschliesslich um ein Wohnquartier», sagte er.

Der Entstehungsprozess der Siedlung Kalkbreite könne indes als Vorbild für Thun dienen, stimmten die Diskutierenden überein. «Die Vision in Zürich wurde quasi von der Basis her aufgebaut», sagte Serge Lanz. «Das sollte auch in Thun passieren.» Das Mitwirkungsverfahren, das Anfang Jahr durchgeführt worden sei, ziele genau in jene Richtung.

Es stecke sicher politisches Kalkül dahinter, dass die Resultate ebendieses Verfahrens erst nach den Wahlen präsentiert würden, nahm Stefan Geissbühler den Ball auf. Diesen Vorwurf liess Stadtpräsident Raphael Lanz nicht auf sich sitzen: «Die Eingaben werden genau geprüft, damit man auch wirklich darauf eingehen kann. Das dauert halt seine Zeit.»

Bewohner, aber auch Anwohner eng miteinbezogen. So konnte das Projekt ohne eine einzige Einsprache realisiert werden.



Die Siedlung Kalkbreite: An- und Bewohner wurden von Beginn weg eng in die Planung miteinbezogen. (Bild: zvg/Martin Stollenwerk)

Artikel zum Thema

**Gemeinderat will Pläne erst später auflegen
Anwohner kündigen Widerstand an
Zehn Eingaben zur Siedlung Freistatt**

Teilen und kommentieren



Tweet

0
0

Korrektur-Hinweis

Melden Sie uns sachliche oder formale Fehler.

Warum genau hier?

Warum ausgerechnet dieses herzige Quartier einer verdichteten Überbauung weichen sollte, wollte Stefan Geissbühler von der zuständigen Gemeinderätin Marianne Dumermuth wissen. «Gefühlsmässig mag der Ort als der falsche erscheinen», sagte sie. «Aber darauf, dass Wachstum geschieht, haben wir keinen Einfluss. Wir können nur beeinflussen, wie und wo es geschehen soll.»

Da der Stadt punkto Einzonungen die Hände gebunden seien, bleibe die Verdichtung als Option. Bei der Siedlung Freistatt biete sich Gelegenheit, diese an idealer Lage vorzunehmen. «Dabei ist wichtig, anzumerken, dass die Genossenschaft auf die Stadt zukam, nicht umgekehrt», fügte Raphael Lanz an.

Anwohner sind unzufrieden

Mit dem Vorhaben unzufrieden sind die Mitglieder der Interessengemeinschaft Sonnenweg. **Diese hatten bereits im Mai angekündigt, das Referendum zu ergreifen**, wenn der Stadtrat die Zone mit Planungspflicht (ZPP) Freistatt gutheissen sollte. «Die Option einer Sanierung steht offenbar gar nicht mehr zur Diskussion», votierte Daniel Schütz stellvertretend. «Dabei liegen zwei Gutachten vor, von denen eines zum Schluss kommt, dass die bestehende Siedlung zu retten wäre.» Ausserdem seien die Anwohner nicht informiert worden. Dem entgegnete Marianne Dumermuth, dass die Publikation des Mitwirkungsverfahrens ordentlich erfolgt sei.

Dass man mit dem partizipativen Vorgehen auf gutem Weg sei, darin waren sich erneut alle Diskussionsteilnehmenden einig. Es schien, als ob sich auch die Gegner ermutigt fühlten, sich aktiv in die Planung einzubringen. Ob dieser Schein trägt, wird sich spätestens dann zeigen, wenn die ZPP öffentlich aufliegt. (Thuner Tagblatt)

Erstellt: 31.10.2014, 20:56 Uhr